

«Die Exzesse findet man nicht mehr»

Ethos-Präsident Biedermann zieht eine gemischte Bilanz zur Generalversammlungs-Saison

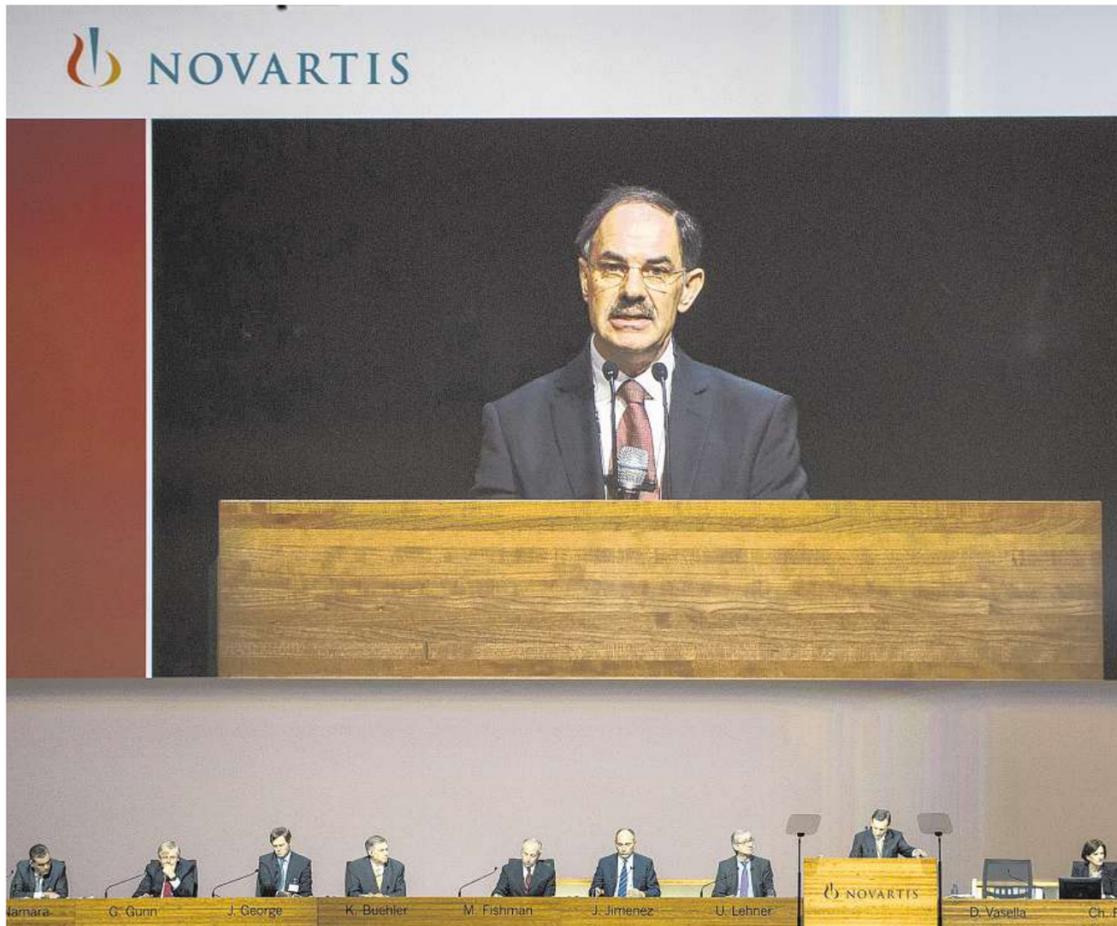
Von Ruedi Mäder

Zürich. Im Visier hatten die Ethos-Analysten jene 206 Schweizer Unternehmen, die per Ende Juli 2015 im Swiss Performance Index (SPI) abgebildet sind, eingeschlossen die 20 Schwergewichte aus dem Swiss Market Index (SMI). Die gestern in Zürich vor Medienvertretern präsentierte Studienbilanz fälle gemischt aus, kommentierte «Monsieur Ethos», Stiftungsratspräsident Dominique Biedermann.

Die Generalversammlungs-Saison 2015 stellte eine Premiere dar. Erstmals konnten die Aktionäre von börsenkotierten Schweizer Firmen über den Gesamtbetrag jener Vergütungen abstimmen, die den Verwaltungsräten beziehungsweise Geschäftsleitungen zuflossen. Die Verordnung gegen übermässige Vergütungen (VegüV) – quasi das Produkt aus dem Volks-Ja zu Thomas Minders «Abzocker-Initiative» – sieht vor, dass die Firmen darin frei sind, wie sie über die Vergütungen abstimmen lassen.

Ethos kritisiert, dass nur eine Minderheit (28 Prozent) der Firmen entschieden hat, am Ende eines Geschäftsjahres, das heisst retrospektiv, über die variable Vergütung der Geschäftsleitung abstimmen zu lassen. Eine Mehrheit der Firmen lässt also im Voraus, das heisst prospektiv, über die Höhe des Bonus abstimmen, noch in Unkenntnis der Jahresresultate ihres Unternehmens. «Dies kommt einem Blanko-Check gleich und entspricht nicht dem Geist der Minder-Initiative», meinte Biedermann gestern. Ethos befürwortet denn auch jenes Projekt, mit dem die Landesregierung die betreffende Regelung im Obligationenrecht korrigieren will.

Eine zweite Premiere im Zusammenhang mit den diesjährigen Aktionärsversammlungen betrifft die Pensionskassen. Diese sind neu verpflichtet, bei Firmen, an denen sie direkt beteiligt sind, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Allerdings weist die Ethos-Studie für 2015 eine unveränderte Präsenzquote von 62 Prozent aus. Dahinter stecken zwei Gründe: Zum einen haben gewisse



Hüter der Aktionärsrechte. Dominique Biedermann sass bereits Ex-Novartis-CEO Daniel Vasella im Nacken. Foto Keystone

Vorsorgeeinrichtungen bereits in früheren Jahren an den Versammlungen teilgenommen und abgestimmt. Zum anderen haben laut Biedermann diverse Pensionskassen direkte Beteiligungen gegen Anlagefonds eingetauscht, um sich dadurch der Abstimmungspflicht zu entledigen. Randbemerkung: Immerhin lag die durchschnittliche Aktionärspräsenz 2008, als Ethos zu analysieren begann, erst bei 49 Prozent.

Die Abstimmungen über die Gesamtvergütungen ergab 2015 eine durchschnittliche Zustimmungsk

von 94 Prozent. Ethos kommentiert, angesichts der «oft noch recht bedeutenden Gesamtbeträge» sei diese Quote als «vergleichsweise hoch» einzustufen (die Stiftung selber kam auf eine Zustimmungskquote von bloss 65 Prozent). Diese Feststellung relativiere auch die Wirksamkeit der Umsetzung der Minder-Initiative.

Stichwort Vergütungen: Die Ethos-Crew räumt ein, dass sich das Niveau der Transparenz bezüglich Vergütungen seit 2008 stetig verbessert habe. Aber noch viel zu wenig Unternehmen

würden die Höhe des bezahlten Bonus mit Bezug auf die Leistung im Berichtsjahr begründen. In den Jahren 2013 und 2014 stiegen die Vergütungen der insgesamt 48 Unternehmen der Gruppe «SMI Expanded» langsamer als der entsprechende Börsenindex. In dieser Entwicklung spiegelte sich ein gewisser Druck auf die Vergütungen, räumte Biedermann ein. Er betonte aber, dass gerade bei diesem Punkt jeder Fall gesondert und im jeweiligen Branchenkontext zu beurteilen sei.

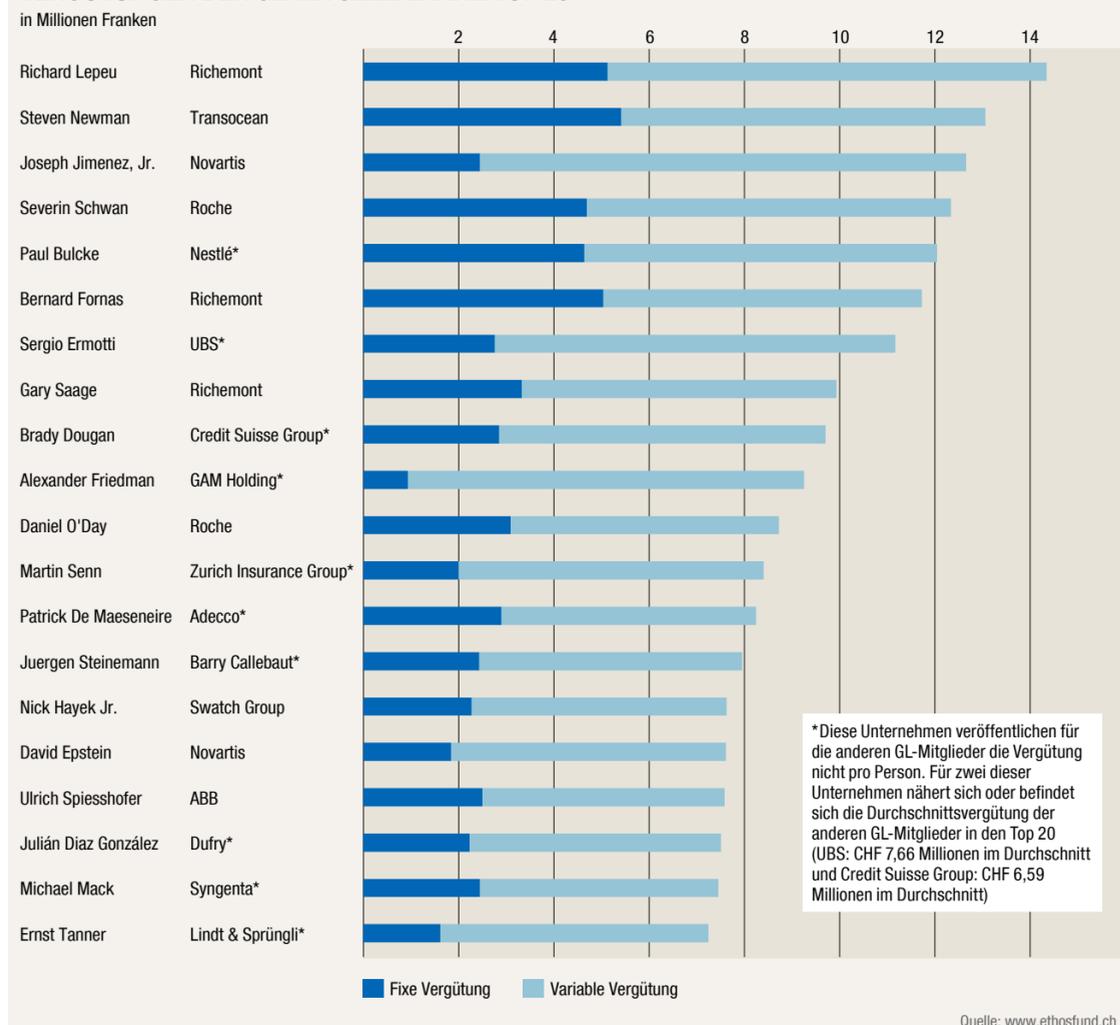
Mit Blick auf die Spitzensaläre kommentierte Biedermann: «Die Exzesse findet man nicht mehr.» Die Zeiten, wo ein Daniel Vasella als Novartis-Chef 44 Millionen Franken zugesprochen erhielt oder ein Marcel Ospel an der UBS-Spitze 24 Millionen, seien passé. Freilich fielen die Gesamtvergütungen auch 2014 noch «oft sehr hoch» aus. Konkret: Im Kreis der SMI-Firmen erhielten die Verwaltungsratspräsidenten durchschnittlich 2,5 Millionen Franken, die Firmenchefs (CEO) im Schnitt 8,2 Millionen Franken. 60 Prozent der Unternehmen des SPI haben für die variable Vergütung des Managements in den Statuten keine Obergrenze definiert. Diese Lücke könnte vor allem dann (wieder) zu übermässigen Vergütungen führen, wenn prospektiv über diese abgestimmt werde.

Zu wenig Verwaltungsrätinnen

Auch mit Blick auf die Ausgestaltung der Corporate Governance sind aus Sicht von Ethos noch diverse Defizite zu beseitigen. So hat heute nur die Hälfte der Firmen Obergrenzen für die Zahl der externen Mandate in börsenkotierten Unternehmen festgelegt; Ethos plädiert für maximal vier Mandate im Fall der Verwaltungsräte und für höchstens ein externes Mandat im Fall von Geschäftsleitungsmitgliedern.

Der Mix in den Verwaltungsräten punkto Abhängigkeit ist besser geworden. Im SPI verfügt heute eine Mehrheit (56 Prozent) der Firmen über einen Verwaltungsrat, in dem mindestens die Hälfte der Mitglieder nach Ethos-Kriterien unabhängig ist. Der Frauenanteil hat zwar zugenommen. Die Durchschnittswerte von 12 Prozent (SPI) beziehungsweise 18 Prozent (SMI) liegen jedoch noch deutlich unter der von Justizministerin Simonetta Sommaruga angepeilten Mindestmarke von 30 Prozent.

VERGÜTUNGEN DER GL-MITGLIEDER: DIE TOP 20



«Oft sehr hoch.» Sieben Manager erhielten 2014 Vergütungspakete von mehr als zehn Millionen Franken. Grafik BaZ/mmm